

Mechthild Heil MdB

Berlin-Info Nr. 7 | 16. März 2018



Mechthild Heil MdB | Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Email: mechthild.heil@bundestag.de
Telefon (030) 227 77040
Telefax (030) 227 76423

Web: www.mechthild-heil.de
Twitter: [@MechthildHeil](https://twitter.com/MechthildHeil)
Facebook: www.facebook.com/MechthildHeil
Instagram: www.instagram.com/mechthild_heil

Liebe Leserinnen und Leser,

es geht los! Die parlamentarische Arbeit hat nun wieder richtig begonnen und direkt durfte ich zum Thema „Familienrecht“ im Plenum sprechen.

Meinen Beitrag zum „Wechselmodell“ können Sie [hier](#) nachlesen / anschauen. Eine ereignisreiche Woche liegt hinter mir, die nächste Sitzungswoche startet direkt am kommenden Montag. Vor Ostern geht es in Berlin noch einmal hoch her.

Jetzt wünsche ich Ihnen und Ihre Lieben aber erstmal ein schönes Wochenende

Ihre

M. Heil

Deutschland hat wieder eine gewählte Bundeskanzlerin und eine reguläre Bundesregierung

Das ist das wichtigste Ergebnis dieser Sitzungswoche. Die Regierungsbildung hat lange gedauert, aber am Ende heißt es mit Helmut Kohl: Wichtig ist, was hinten rauskommt. Wenn man sich die Ministerriege vorgestern angesehen hat, dann ist vor allem auch eines herausgekommen: viele frische Gesichter.

Ich bin überzeugt davon, dass diese Mischung aus erfahrenen und neuen Köpfen gute Chancen hat, den Erfolg der letzten Bundesregierung fortzusetzen. Das heißt stabiles Wirtschaftswachstum, Rekordbeschäftigung und keine Neuverschuldung. In einigen Bereichen müssen wir auch noch besser werden, zum Beispiel bei der Asylproblematik, Investitionen in die Infrastruktur und Digitalisierung. Aber auch da wecken der Koalitionsvertrag und die neue Bundesregierung gute Erwartungen. Jetzt heißt es anpacken und zügig die Dinge angehen, die bisher liegengeblieben sind.

Bemerkenswert fand ich die Kommentare zum Wahlergebnis der Kanzlerin. 35 Stimmen fehlten aus den Reihen der Koalitionsfraktionen, was teilweise als „schlechtes Ergebnis“ und „Zeichen für die Instabilität der Koalition“ gewertet wurde. Dabei muss man daran erinnern, dass zu Beginn der Großen Koalition 2013 ganze 42 Stimmen fehlten und 2005 sogar 51 Stimmen. Angesichts der erheblichen Schwierigkeiten der letzten Wochen und der Probleme in der SPD kann das daher eher als solides Ergebnis und Zeichen der Disziplin der Koalitionsfraktionen gesehen werden als umgekehrt.





In den Jahren zwischen diesen beiden Bildern habe ich viel gelernt, Erfahrungen gewonnen und Kontakte geknüpft. Was sich in der Zeit nicht geändert hat, ist die Freude an der täglichen Arbeit als Politikerin - in Berlin oder im Wahlkreis. Ich freue mich auf die nächsten Jahre und die kommenden Herausforderungen!

Diese Woche durfte ich ein **Grußwort zum 25. Jubiläum des Ombudsmannes des Bankenverbandes** sprechen. 1993 war der Bankenverband Pionier, indem er eine Schlichtungsstelle ins Leben rief. Die Mitgliedsbanken haben sich bereits damals dazu verpflichtet, sich den Schlichtersprüchen des Ombudsmanns/der Ombudsfrau bis zu einer Höhe von 10.000€ ausnahmslos zu unterwerfen. Die Stelle hat sich bereits nach kurzer Zeit zu einem vollen Erfolg entwickelt: im Durchschnitt nehmen jährlich 5.000 - 7.000 Bankkunden den Ombudsmann in Anspruch. Dem größten Teil der zulässigen Beschwerden gibt er statt und gut die Hälfte der Vergleichsvorschläge werden angenommen, d.h. es kann auf den Rechtsweg verzichtet werden. Das bestätigt uns: Eine vertrauensvolle Bindung zum Verbraucher ist den Unternehmen wichtig und die Überregulierung durch die Politik oftmals nicht nötig.



Am Dienstag hatte ich Besuch von den Schülerinnen und Schülern der Berufsbildenden Schule Bad Neuenahr-Ahrweiler. Ich habe mich sehr gefreut über unser intensives Gespräch über das zur Zeit viel diskutierte Thema „Werbung für Schwangerschaftsabbrüche“. Toll, wie differenziert und auch reflektiert die Schülerinnen und Schüler das Thema diskutiert haben!



Gerne möchte ich auch die Gelegenheit ergreifen, Ihnen die aktuelle Landesgruppe vorzustellen. In dieser Wahlperiode sind wir vierzehn Abgeordnete, die unsere Heimat Rheinland-Pfalz vertreten. Ich freue mich auf eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen, denn gemeinsam sind wir eine starke Stimme für die Region in Berlin! V.l. beginnend: Peter Bleser (Mosel/Rhein Hunsrück), Torbjörn Kartes (Ludwigshafen/Frankenthal), Ursula Groden-Kranich (Mainz), Dr. Andreas Nick (Montabaur), Antje Lezius (Kreuznach), Dr. Thomas Gebhart (Südpfalz), Johannes Steiniger (Neustadt-Speyer), Patrick Schnieder (Bitburg), Anita Schäfer (Pirmasens), Josef Oster (Koblenz), Erwin Rüdell (Neuwied), Andreas Steier (Trier), Mechthild Heil (Ahrweiler), Jan Metzler (Worms). (Foto: Landesgruppe/Jakob Langen)

Handelskonflikt mit den USA vermeiden

US-Präsident Trump hat bereits für Ende März Strafzölle von 25 Prozent auf Stahl- und 10 Prozent auf Aluminiumzufuhren angekündigt. Nun droht er auch mit höheren Zöllen auf Autoimporte aus Europa, um insbesondere deutsche Hersteller zu treffen. Nur Kanada und Mexiko sollen bis auf weiteres von Strafzöllen ausgenommen bleiben, weitere in Aussicht gestellte Ausnahmen sind unklar.

Ziel der zuständigen EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström ist es, dass die Europäische Union als enger Verbündeter der USA ebenfalls ausgenommen wird. Gemeinsam mit den USA und Japan will sie ein Maßnahmenpaket entwickeln, um auf dem Weltmarkt für Stahl vor allem Überkapazitäten aus China zu begegnen. Das ist der richtige Ansatz. Um die zerstörerischen Wirkungen von Handelschranken zu verdeutlichen, ist es ebenso richtig, dass die EU-Kommission ein WTO-Verfahren ein-

leiten möchte und gleichzeitig eine Liste mit US-Produkten erstellt hat, für die Gegenzölle eingeführt werden könnten. Zudem ist es wichtig, unsere Industrie vor erheblichen Umlenkungseffekten zu schützen.

Unser Ziel muss es sein, eine Spirale des Protektionismus zu vermeiden. Freier Handel mehrt Wohlstand, Protektionismus schadet ihm.

Deutschlands Beitrag für Frieden und Sicherheit – weltweit

In Tagen, in denen wir über die Ausstattung der Bundeswehr sprechen, beraten und beschließen wir die Fortsetzung von Auslandsmandaten unserer Armee an den Brennpunkten dieser Welt.

In Afghanistan stehen unsere Soldaten schon seit langer Zeit in einem schwierigen Umfeld, der neue Lagebericht unterstreicht dies. Wir stehen aber zu unserem Einsatz für Ordnung und Perspektive in Afghanistan – so wie in

Mali, im Irak oder im Südsudan. Gleiches gilt für den Auslandseinsatz zur Bekämpfung des IS-Terrors und zur umfassenden Stabilisierung des Iraks. Mit unserer Entscheidung senden wir mutige Männer und Frauen in gefährliche Einsätze. Wir stehen dabei an der Seite unserer Partner und Freunde in Europa und in der NATO.

Wir müssen uns darauf einstellen, in Europa und in der Welt stärker Verantwortung zu übernehmen, denn die USA werden sich voraussichtlich mehr und mehr zurückziehen.

Wir stehen dafür ein, die Bundeswehr so auszustatten, dass sie neben der Stabilisierung in der Welt auch glaubhaft für die Verteidigung unseres Landes im NATO-Bündnis sorgen kann. Nachdem der Haushalt seit Jahren von der sogenannten Friedensdividende profitiert hat, werden wir nun wieder mehr für die Ausrüstung der Bundeswehr tun müssen – für unsere Sicherheit und ein starkes transatlantisches Bündnis.

Daten und Fakten

Deutschland und USA weiterhin wichtige Handelspartner. Im Jahr 2017 waren die USA bereits das dritte Jahr in Folge der wichtigste Abnehmer deutscher Waren. Die Exporte von Deutschland in die Vereinigten Staaten summierten sich auf Güter im Wert 111,5 Milliarden Euro. Dies entspricht einem Anteil von knapp neun Prozent am deutschen Gesamtexport. Auf dem amerikanischen Markt sind vor allem Fahrzeuge und Fahrzeugteile „Made in Germany“ gefragt (29 Milliarden Euro), gefolgt von Maschinen (19 Milliarden Euro) und pharmazeutischen Produkten (13,5 Milliarden Euro). Die Metall-Exporte beliefen sich im Jahr 2017 auf knapp 3,6 Milliarden Euro. Die Exporte amerikanischer Firmen nach Deutschland betragen im selben Jahr 53,5 Milliarden US-Dollar. Damit landet Deutschland auf Platz sechs der wichtigsten Abnehmer von US-amerikanischer Waren. **Quelle: Reuters**

Mehr Frauen leben von eigener Erwerbstätigkeit. Im Jahr 2016 bestritten nach einer Erhebung des Statistischen Bundesamts 72 Prozent der Frauen im Alter von 25 und 55 Jahren ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit. Dieser Anteil lag vor zehn Jahren mit 64 Prozent noch deutlich niedriger, wie aus der Statistik anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März hervorgeht. Auch regionale Unterschiede sind weiterhin erkennbar: Während der Anteil im Osten bei 77 Prozent lag, finanzierten sich im Westen lediglich 70 Prozent der Frauen ihren Lebensunterhalt vorrangig durch eigene Erwerbstätigkeit. Der Anteil aller Frauen zwischen 25 und 55 Jahren, die den überwiegenden Lebensunterhalt aus Einkünften des Partners oder von anderen Familienangehörigen bestreiten, sank gegenüber dem Jahr 2006 bundesweit von 23 auf 16 Prozent im Jahr 2016. **Quelle: Statistisches Bundesamt**